

Verl, 20.02.2017

## Haushaltsrede der SPD-Fraktion zum Haushalt 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine Damen und Herren,

einmal im Jahr geht es darum den Haushalt für das laufende Jahr zu verabschieden, Anträge zu stellen und diese zu diskutieren.

Dies ist immer auch eine Gelegenheit, auf das vergangene Jahr zurückzublicken.

### I.

Globale Ereignisse haben sich wieder einmal bis in unsere Kommune gezeigt und auch bei uns die Wirklichkeit verändert.

Uns entsetzt die Zunahme von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung.

Wir sind erschrocken über die Infragestellung der Pressefreiheit und demokratischer Grundwerte einiger Regierungen.

Das Schüren von nationalistischen Gedanken, bei unseren Nachbarn in Polen, in Frankreich, in den Niederlanden beängstigt uns.

Auch bei uns in Deutschland zeigen sich zunehmend nationalpolitische und reaktionäre Tendenzen.

Wenn solch dunkle Wolken aufziehen, ist es umso wichtiger im Ort, in der Kommune, dort, wo die Menschen leben und arbeiten, unsere Werte durch das eigene demokratische Handeln zu verteidigen.

Über Parteigrenzen hinweg Demokratie, Freiheit und soziale Verantwortung erlebbar und begreifbar zu machen. Den Bürgern zu zeigen, dass unser freiheitliches Modell funktioniert und entwicklungsfähig ist.

Dies ist uns in Verl an vielen Stellen gelungen. Ich denke an die Diskussion um den Standort des Kindergartens in Sürenheide. Hier hatte die SPD eine Bürgerversammlung beantragt und wir haben in einem demokratischen Prozess entschieden. Ich denke an den ursprünglich geplanten Ausbau am Schmiedestrang, an den Ausbau eines Fuß-Radweges Zum Meierhof. Hier haben wir uns intensiv mit den Bürgern ausgetauscht und gemeinsame Lösungen erarbeitet.

Leider konnte sich der Bürgerwille in der Pausheide wegen des geplanten interkommunalen Gewerbegebietes nicht durchsetzen; zumindest bisher nicht. Das bedauern wir ausdrücklich.

Wir können uns noch gut erinnern, dass uns im vergangenen Jahr vorgeworfen wurde, wir würden über Grundstücke reden, die der Stadt nicht gehören, als wir die planerische Diskussion im Bereich des Bauhofes über das Areal am Schnäppchenmarkt/Aldi/Edeka bis zum Marktplatz öffentlich geführt haben.

In der Pausheide, in Bezug auf das hier verabschiedete interkommunale Gewerbegebiet, handelt es sich nicht nur um Grundstücke, die nicht im Eigentum der Stadt stehen, sondern die dortigen Grundstückseigentümer haben sich explizit mit überwältigender Mehrheit gegen eine Veräußerung ihrer Grundstücke und die Ansiedlung eines interkommunalen Gewerbegebietes ausgesprochen.

Welch unterschiedliches Herangehen an das Thema Eigentum; das hat uns doch sehr verwundert.

**Gegen den erklärten Bürgerwillen einen solchen Beschluss zu fassen, halten wir nicht für bürgerfreundlich und werden auch weiterhin dagegen angehen.**

Es wird abzuwarten sein, wie sich die Bezirksregierung zu dem Vorhaben insgesamt stellt.

Andererseits haben wir in den letzten Tagen die Diskussionen um die gestellten Anträge in den Ausschüssen und auch den Umgang der Parteivertreter untereinander als demokratisch und fair empfunden. Darüber haben wir uns, sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen, Herr Bürgermeister, sehr gefreut.

## II.

Gefreut haben wir uns auch, dass Sie sich zu einer Vielzahl von SPD-Anträgen unserer Meinung anschließen konnten, wenn Sie auch nicht immer in letzter Konsequenz unsere Anträge mitgetragen haben, so haben sie doch sehr häufig Kompromissbereitschaft und Problembewusstsein gezeigt.

Wir finden es wichtig und richtig, dass das Thema Kultur breiteren Raum in unserer Stadt nimmt. Unsere Idee für ein kommunales Kino weitere Impulse erfährt und das der von uns genannte Betrag für ein Kinderkino von 500 € auf 5.000,00 € aufgestockt wurde.

Wir freuen uns, dass ein Entwurf über die Förderung der Städtepartnerschaften erstellt werden soll, der eine finanzielle Unterstützung für Reisegruppen und den Schüleraustausch mit der Partnerstadt Delphos beinhalten soll.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass unsere Idee zu konzeptionellen Überlegungen für den sozialen Wohnungsbau Eingang in die Planung Verl 2030 finden soll. Wir werden auch in Zukunft dieses Thema aktiv begleiten und gestalten.

**Der soziale Wohnungsbau ist uns ein wichtiges Anliegen.**

Problem Nummer eins: In Deutschland müssten jedes Jahr 400.000 Wohnungen entstehen, um den Mangel an Wohnraum mittelfristig zu beseitigen.

Problem Nummer zwei: Es fehlt vor allem an Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen.

Wir haben in Verl über 200 Personen, die auf einer Warteliste für eine Sozialwohnung stehen.

Es kommen weitere Personen hinzu, die bezahlbaren Wohnraum suchen, die sich nicht in eine Liste eintragen wollen.

Der Mangel an bezahlbaren Wohnraum in unserem Land ist erschreckend hoch. Aus diesem Grunde hat die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ein Wohnungsbauprogramm aufgelegt mit dem Wohnraum mit mehr als 1. Milliarde EUR gefördert wird.

Allein im Jahre 2016 hat Nordrhein-Westfalen doppelt so viele Mietwohnungen und Wohnheimplätze gefördert als noch 2014. [2016 = 9.301]

Unterschiedliche Förderprogramme wurden aufgelegt, um Anreize zu schaffen.

Diese werden auch hier in Verl genutzt und umgesetzt, allerdings reicht uns das noch nicht aus.

Diese Zahlen zeigen aber, dass auch auf Landesebene viel für den sozialen Wohnungsbau getan wird.

Aber auch vor Ort müssen wir das Thema angehen.

Eine Kommune kann hier durchaus Impulse setzen.

Als 1. Schritt könnte eine konkrete Bedarfsanalyse vorgenommen werden.

2. Müsste ein Baulückenkataster errichtet werden, um zu sehen an welcher Stelle noch Potenzial besteht.

3. Könnten Gespräche mit Wohnungseigentümern geführt werden, die in ihrem Haus allein wohnen. Leerstände abfragen.

4. Könnten wir zusätzliche Anreize schaffen, Bauland für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen, dass sich unsere Kommune stärker an Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus beteiligt. Zumindest als Impulsgeber und Unterstützungsgeber.

**Gutes Wohnen darf kein Luxus sein.**

### III.

Wir haben für das neu zu errichtende Baugebiet in Kaunitz, auf dem sozialer Wohnungsbau umgesetzt werden soll, beantragt, dass an dieser Stelle eine zentrale Kraft-

Wärme-Kopplungsanlage errichtet wird und haben diskutiert, ggf. den angrenzenden Kindergarten und die Schule in Kaunitz dort anschließen zu können.

Wichtig ist uns hierbei der Umweltschutz, die Einsparung von CO2.

Eine der größten Herausforderungen der Menschheit ist der Klimawandel, die Erwärmung der Erde und die damit fortschreitende Vernichtung unserer Lebensgrundlage.

Wir arbeiten in Verl auch an anderen Stellen mit Kraftwärmeanlagen und produzieren somit umweltfreundlich Energie. Das Holzhackschnitzelwerk am Meierhof ist ein gutes Beispiel dafür.

In dem Zusammenhang Umweltschutz sehen wir daher auch unseren Antrag, mit den Stadtwerken ein Elektro-Carsharing zu etablieren. Dies ist ein Ansatz auf die Einsparung von CO2 hinzuweisen und dies auch real umzusetzen.

**Ein „weiter so“ darf es beim Umweltschutz ebenso wenig geben, wie bei der Ausweisung von Gewerbegebieten.**

Unser Antrag, den wir in Zusammenarbeit mit Uwe Hasler eingebracht haben, hat leider bei den anderen Fraktionen bisher keine Mehrheit gefunden.

Strom für Elektrofahrzeuge durch die Stadtwerke in Verl bezogen, bedeutet immer auch ökologischen Strom zu verwenden. Ja, bedeutet auch, in Verl erzeugten umweltfreundlichen Strom zu verwenden.

In einer Studie des Kreises Gütersloh aus Februar 2016 mit dem Titel „**Mobilitätsstrategie des Kreises Gütersloh**“ wird den Kommunen im Kreis geraten, ihren internen Fahrzeugpool mit Elektrofahrzeugen zu ergänzen und andere Fahrzeuge perspektivisch auszutauschen.

Wir sollten uns in Verl stärker an diesen Überlegungen beteiligen, denn bereits über eine Strecke von 15.000 km können durch Elektrofahrzeuge im Vergleich zu herkömmlichen Fahrzeugen 3 t CO2 eingespart werden. So die genannte Studie aus Gütersloh (Bl. 115).

Bereits mit der Möglichkeit eines konventionellen Carsharing, würden wir einen umweltfreundlichen Beitrag zur Einsparung von Energie und CO2 leisten.

Kritisiert wurde unser Antrag dahingehend, dass es besser wäre, wenn sich die Stadtwerke auf ihr Kerngeschäft konzentrieren würde und kein zusätzliches Geschäftsfeld aufnimmt.

Dieses Argument ist unseres Erachtens nur teilweise richtig, da wir bei der Gründung der Stadtwerke vor Jahren explizit Wert auf Umweltschutz gelegt haben und es uns darauf ankam, dass wir mit eigenen Stadtwerken auch einen Beitrag zur CO2 Verringerung leisten können, was wir ohne Zweifel mit einem Elektro-Carsharing-Modell für Verl erreichen würden.

Umso unverständlicher ist an dieser Stelle, dass ein Vertreter der Grünen ein solches Elektro-Carsharing-Modell als nicht umweltfreundlich abgelehnt hat.

Ein konventionelles Carsharing-Modell an sich ist bereits umweltfreundlich, da nicht jeder, der für kurze Strecken ein Fahrzeug benötigt, ein eigenes Kraftfahrzeug bereitstellen muss.

Eine Studie des UBA (Umweltbundesamt) aus 2015 hat ergeben, dass ein koordinierter Ausbau von Carsharing und öffentlichem Nahverkehr die klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen um mehr als sechs Millionen Tonnen pro Jahr senken könnte. Diese Werte lassen sich durch Elektro-Carsharing noch um ein Vielfaches steigern.

Das scheint dem Kollegen der Grünen offensichtlich nicht bekannt zu sein.

Andere Städte zeigen, dass Carsharing von Stadtwerken funktioniert und dass man Carsharing als Teil des Kerngeschäftes ansehen kann. Letztlich ist es immer eine Frage des Standpunktes. Manche Städte haben hierzu einen anderen Standpunkt:

Die Stadtwerke Münster werben: *Carsharing ist nicht nur praktisch, flexibel und umweltschonend, sondern für PlusCard-Kunden auch besonders unkompliziert.*

Die Stadtwerke Unna werben mit *Umweltbewusst, flexibel und preisgünstig - e-CarSharing ist die ideale Alternative zum eigenen Auto. Als Kunde der Stadtwerke Unna können Sie bevorzugt die e-DriveCard und damit den Schlüssel zum schicken BMWi3 bekommen.*

Aber auch kleinere Kommunen haben sich bereits auf den Weg gemacht. In Bad Salzuflen heißt es: *Carsharing mit dem StadtAuto ist eine moderne, umweltfreundliche Form der Mobilität und eine optimale Ergänzung zum öffentlichen Nahverkehr. Da das StadtAuto elektrisch betrieben und mit Ökostrom geladen wird, tragen Sie so zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Belastung bei.*

Schließlich kann die Attraktivität unserer Stadtwerke durch ein Kundenbonus erhöht werden, so dass wir nicht nur für Elektro-Carsharing werben, sondern gleichzeitig auch einen Anreiz haben, mehr Kunden für unsere Stadtwerke zu gewinnen. Dies wäre eine echte Win-Win-Situation.

An dieser Stelle möchte ich den Satz von Neil Armstrong (erster Mensch auf dem Mond) etwas abändern:

**Elektro-Carsharing in Verl, ein kleiner Schritt für die Menschheit, ein großartiger Schritt für unsere Stadt".**

Zusammenfassend halte ich fest, dass die SPD-Fraktion sich im Haushalt 2017, mit Ausnahme auf das interkommunale Gewerbegebiet in der Pausheide, wiederfindet. Hier muss die Entscheidung der Bezirksregierung abgewartet werden. Wir werden dem Haushalt 2017 zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die SPD-Fraktion  
Peter Heethey